# Mitteilungsblatt
## des „Vereins sozialistischer Aerzte"

No. 1 März 1925



### An unsere Mitglieder und Freunde!

Vor einem halben Jahre haben wir in einem Rundschreiben an die Kollegen und Genossen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelingen möge, in den seit 12 Jahren bestehenden **„Verein Sozialistischer Aerzte"** alle Aerzte zusammenzuhalten, die auf dem Boden sozialistischer Weltanschauung stehen. Heute dürfen wir freudig feststellen, daß unsere Organisation sich in jeder Beziehung konsolidiert und im laufenden Winterhalbjahr ihrem Programm gemäß eine große und in weiten Kreisen beifällig aufgenommene Aktivität entfaltet hat.

Für die breite Oeffentlichkeit bestimmt, fanden bisher die folgenden Veranstaltungen statt, die sich durchweg eines sehr regen Besuches erfreuten und zu lebhaften Diskussionen anregten:

1. **Die gesundheitliche und kulturelle Bedeutung des 8-Stunden-Tages.** Referent: G. Prof. Dr. Korsch. Korreferent: G. Polenske (delegiert vom Staats- und Gemeinde-Arbeiterverband, Abt. Krankenpflege).
2. **Individualpsychologie und Sozialismus.** Referent Dr. Alfred Adler, Wien.
3. **Der Kampf um den § 218 vom sozialhygienischen und strafrechtlichen Standpunkt.** Referent: Dr. F. Brupbacher-Zürich und Frau Referendar Marianne Fabian.
4. **Ambulatorium und Sozialisierungsfrage.** Referent: Direktor Albert Kohn (A. O. K. Stadt Berlin).
5. **Schulzahnpflege und Sozialisierung des Heilwesens.** Referent: Prof. Dr. Kantorowicz, Bonn.

Daneben nahmen interne Mitgliederversammlungen zu aktuellen sozialhygienischen Problemen Stellung. Für die Fragen des **Achtstundentages** und der **Ambulatoriumsfrage** wurden **Arbeitskommissionen** eingesetzt, die mit allen beteiligten Gruppen, den Aerzten, Kassenvertreter und Versicherten in steter Fühlung tätig sein werden. Den beiden öffentlichen Mitgliederversammlungen, die dem Thema der **Sozialisierung des Heilwesens** gewidmet waren, ging eine interne Sitzung voraus, in der auf Grund eines Referats von Gen. Lothar Wolf über eben diese Gegenstände eine Aussprache der Mitglieder untereinander stattfand.

Um namentlich mit unseren auswärtigen Mitgliedern, die nur selten an den Versammlungen teilzunehmen in der Lage sind, in engerer Verbindung zu bleiben und um unsere Ideen in weitere Kreise

zu tragen, erscheint auf Beschluß der letzten Generalversammlung mit der vorliegenden Nummer zum ersten Male zunächst periodisch ein **Korrespondenzblatt**. Von der Mitarbeit und der opferwilligen Hilfe unserer Mitglieder und sympathisierender Freunde hängt es ab, es zu einem lebendigen Organ werden zu lassen, in dem die **Probleme des gesamten Gesundheitswesens vom sozialistischen Standpunkt** aus erörtert werden. An die Kollegen und Genossen in Berlin wie im ganzen Reich ergeht die Bitte, uns durch eifrige Mitarbeit zu unterstützen und uns Anregungen zum weiteren Ausbau dieses Blattes zu geben!

**Vorstand des „Vereins Sozialistischer Aerzte".**

---

## Der sozialistische Arzt.

Im Jahre 1913 ergab sich für die sozialistischen Aerzte die Notwendigkeit, sich im „Sozialdemokratschen Aerzteverein" zusammenzuschließen. Die Verhältnisse waren im wesentlichen den heutigen gleich. Aerzte und Krankenkassen, die beiden Gruppen, die berufen sind, die Segnungen der Arbeiterversicherung im Dienste der Volksgesundheit zur Durchführung zu bringen, lagen wie heute in heftigem Kampf. — Da die führenden Männer auf Seiten der Krankenkassen der sozialdemokratischen Partei angehörten, wurde alles, was von ihnen kam, als „sozialdemokratisch" angesehen und darum doppelt bekämpft und auch beschimpft. Schon dadurch war der Konflikt politisiert. Auf der anderen Seite bekämpfte der „Vorwärts" alles, was die Aerzteschaft oder der einzelne Arzt in diesem Kampf tat, als Ausfluß einer bürgerlich-reaktionären Gesinnung. In völliger Verkennung der eigentlichen Problemsstellung, sprach s. Zt. die Redaktion des „Vorwärts", wie es auch heute noch die Krankenkassen-Vertreter tun, den Aerzten das primitivste Recht ab, das die Partei als Vorbedingung jedes wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwungs für das Proletariat seit Jahrzehnten erkämpfte: **das Recht auf Koalition.** Man drohte sozialdemokratischen Aerzten, die dem „Leipziger Verband" beitraten oder in ihm verbleiben wollten, mit dem Ausschluß aus der Partei. Die Verwirrung ging schließlich soweit, daß der „Vorwärts" bei späterer Zuspitzung des Konfliktes die Arbeiterschaft von der „allzureichlichen Inanspruchnahme der **approbierten** Aerzte" warnen zu müssen glaubte. Das gab für die sozialdemokratischen Aerzte den letzten Anlaß, sich auf Initiative des Unterzeichneten organisatorisch zusammenzuschließen.

Unter der Führung von Zadek sen. ging der Verein an seine vornehmste und dringendste Aufgabe, das gegenseitige Verständnis zwischen Aerzten und Krankenkassen zu fördern.

Manche fruchtbare Arbeit war in dieser Hinsicht vom Verein in den ersten 1½ Jahren seines Bestehens unternommen worden, als der Krieg ausbrach und auch diesen Bestrebungen ein Ende machte.

In der Nachkriegszeit nun unter dem Druck der zunehmenden Verelendung der Massen und der damit verknüpften expansiven Tendenz der Sozialversicherung ist der Kampf zwischen Aerzte-

schaft und Krankenkassen aufs neue entbrannt und mit zunehmender Erbitterung in stetigem Steigen begriffen.

Inzwischen hatte sich die sozialdemokratische Partei in drei sozialistische Parteien gespalten. Der sozialdemokratische Aerzteverein aber hat sich nach ernster und eingehender Aussprache in den **„Verein sozialistischer Aerzte“** umgewandelt, in der Erkenntnis: daß er seinen Zielen nur gerecht werden kann, wenn die sozialistischen Aerzte aller Parteischattierungen gemeinsam ihnen zustreben. — Unser Ziel ist Beseitigung der Feindschaft zwischen Aerzten und Krankenkassen durch die Erkenntnis, daß sie **Bundesgenossen** sind im **Kampf um die Sozialisierung des gesamten Heilwesens.** — Für die Lösung dieses Problems sind nicht Fragen der Parteitaktik ausschlaggebend, sondern vertiefte wissenschaftliche Erkenntnis der ökonomischen und psychologischen Gesetze, denen das Einzelindividuum wie die Sozietät der Menschen unterworfen ist. Wir sind uns dabei bewußt, unser Handeln nicht irgend einer Theorie zuliebe, die als solche wandelbar ist, zu orientieren, sondern auf Grund marxistischer Erkenntnis von der Dynamik der wirtschaftsbildenden Kräfte. Die Unterminierung der Volksgesundheit ist trotz aller „sozialer“ Maßnahmen unlösbar mit dem kapitalistischen Produktionsprofit verknüpft, der Raubbau an der Arbeitskraft des einzelnen, dem einzigen wahren Besitz des Lohnarbieters treibt.

Die längst bekannte Tatsache, daß Krankheit ein soziales Problem ist, hat erst ihre Fundamentierung und die Möglichkeit einer wahrhaft aetiologischen Bekämpfung durch die marxistische Erkenntnis bekommen. So muß der Arzt, wenn er nicht nur dem **einzelnen** Kranken helfen, sondern gegen die sozialpathologische Erscheinung des **Krankseins** überhaupt ankämpfen will, über seine Individualbehandlung **hinaus** zwangsläufig zum **Sozialisten** werden.

Aber mehr noch meinen wir, muß gerade er aus dem Zwang seiner eigenen Notlage zur sozialistischen Weltanschauung kommen. — Er fühlt ja am eigenen Leibe, wie sich das Marx-Engelssche Wort bewahrheitet, daß der Kapitalismus, alle bisher ehrwürdigen und mit frommen Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet, den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in bezahlte Lohnarbeiter verwandelt.“ Der Arzt erkennt jetzt, daß er zu der „versinkenden Mittelschicht“ gehört, sein Stand in zunehmendem Maße der Verelendung anheimfällt. Und die Not des Selbsterhaltungstriebes zwang ihn, dem Beispiel des um sein Lebensrecht kämpfenden Proletariats zu folgen, sich zu koalieren, sich gewerkschaftlich im Leipziger Verband zu organisieren. Aber sind die Krankenkassen schuld an der Verelendung des ärztlichen Berufs oder gar die Sozialversicherung selbst? Muß der Arzt auf d i e s e losschlagen, um sich selbst zu behaupten? — Muß der Arzt, der den Kranken heilen will, ein Instrument zerbrechen, das um der Volksgesundheit willen entstanden ist?

Eine sozialistische aber tiefer schürfende Ueberlegung führt aus diesem Widersinn heraus. Der Lohnarbeiter, der vom Verschleiß seiner Arbeitskraft, d. h. seiner Gesundheit, sein Existenzminimum bestreiten muß, ist als Persönlichkeit ausgelöscht und zu einem

bloßen Zubehör der Maschine", an der er arbeitet, geworden. Das bedeutet bei fortschreitendem Raubbau eine fortschreitende Entwertung der Ware Arbeitskraft und eine durch Krankheit zunehmende Dezimierung des für den Produktionsprozeß notwendigen Proletariats. Es muß dadurch inmitten einer kapitalistischen Gesellschaftordnung in ihrem eigensten Produktionprozeß ein rückläufiger Vorgang einsetzen, der der Konservierung dieser proletarischen Arbeitskraft dient. Hier erkennen wir die **immanente,** ihren Organen meist selbst nicht bewußte Ursache für die **Entstehung der Sozialversicherung.** Sie ist selbst ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und muß daher auch alle Anzeichen und Auswirkungen dieser an sich tragen.

Der Kassenarzt darf den erkrankten Lohnarbeiter nicht völlig gesund machen und vor weiteren Erkrankungen schützen, sondern er muß den in seiner Funktion gestörten „Maschinenzubehörteil" baldmöglichst wieder dem Produktionsprozeß zurückgeben. — So zerbrach der Kapitalismus ein hohes ärztliches Ideal. Aus dem Begriff der Gesundheit ist für uns etwas damit durchaus nicht Identisches geworden, der Begriff der „Arbeitsfähigkeit". —

Der Arzt selber aber, der glaubt, einem freischaffenden Beruf anzugehören, ist damit zu einem Anhängsel des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geworden, in dem er wie ja der Lohnarbeiter nicht anderes zu Markte trägt als seine aus Kenntnissen und ärztlicher Geschicklichkeit zusammengesetzte Arbeitskraft.

So ist der Arztberuf am deutlichsten von allen bürgerlichen Berufen durch seine enge Verknüpfung mit dem Wirtschaftsprozeß auf die proletarische Stufe hinabgesunken oder noch im Sinken begriffen. Der Arzt muß erkennen, daß er sich hier bei seinen proletarischen Patienten nicht unter Feinden, sondern unter Brüdern befindet, daß sein eigener Wiederaufstieg nur möglich ist mit den Aufstieg der Arbeiterklasse überhaupt, d. h. letzten Endes mit der **fortschreitenden Sozialisierung des Wirtschaftsprozesses, der gesellschaftlichen Produktion für die Gesellschaft.**

Auf dem Boden des Kapitalismus also und durch ihn selbst sind die beiden Organisationen entstanden, die heut auf dem Schlachtfeld der Volksgesundheit einander bekämpfen: die Organisation der Versicherten, vertreten durch die Krankenkassen, und die der Aerzte, vertreten durch den L.V. — Wir sozialistischen Aerzte dürfen beide als **„geschichtlich gewordene Notwendigkeiten"** begrüßen. Wir müssen der Erkenntnis zum Siege verhelfen, daß es für beide nur einen Ausweg gibt, und der führt **aus der kapitalistischen Gesellschaft hinaus.** Sie beide müssen gemeinsam **ein** Organ werden, dem die Aufgabe zufällt, die immer vollkommener zu erstrebende Sozialisierung der Gesellschaft zum Besten der daran Beteiligten durch-

---

„Die Aerzte sind die natürlichen Anwälte der Armen, und die soziale Frage fällt zu einem erheblichen Teil in ihre jurisdictio"

Rudolf Virchow 1848.

zuführen. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, das hat unser Verein mit in erster Linie durch seine Arbeit zu erweisen. — Wir sind darum ehrlich bemüht, wie unser Arbeitsprogramm beweist. — Diesem Zwecke soll auch unser Korrespondenzblatt dienen helfen, daß sich hoffentlich, auf die eifrige Mitarbeit unserer Mitglieder gestützt, weiter entfalten und auch unter den diesen Problemen noch ferner stehenden Kollegen Anhänger erwerben wird.

Dann mag dieses Blatt vielleicht auch einmal als Kennwort die Bezeichnung dessen verdienen, der seinen Beruf zu helfen wirklich bis zu den letzten Konsequenzen erfüllt —

**der sozialistische Arzt.**

Simmel.

---

## Vereinsmitteilungen.

In der **Generalversammlung** am 12. Februar 1925, in der Genosse Dr. Simmel den Jahresbericht gab, konnten wir zu unserer Freude zwei auswärtige Mitglieder, aus Wandtlitz und Torgau, begrüßen.

Die Versammlung wählte den **neuen Vorstand:**

Simmel, 1. Vors., Klauber und Frau Turnau als stellvertretende Vorsitzende, Ewald Fabian 1. Schriftführer, Frau Flake 2. Schriftf., Rosental 1. Kassenwart, Güterbock 2. Kassenwart.

### Statutenänderung.

§ 3 lautet nunmehr: Zur Bestreitung der Vereinsausgaben zahlt jedes Mitglied einen halbjährlichen Beitrag von 5 Mark. Der Beitrag kann auf Antrag vom Kassenwart herabgesetzt oder ganz erlassen werden.

### Vereinsarchiv.

Die G.-V. beschloß, ein Vereinsarchiv zu gründen, in dem die sozialhygienische Literatur, soweit sie für die Arbeit des Vereins von Interesse ist, insbesondere auch eigene Arbeiten der Mitglieder und Freunde des V.S.Ä. wie die Sitzungsprotokolle gesammelt werden sollen. Einsendungen sind an den Schriftführer, Dr. Ewald Fabian, W 15, Uhlandstr. 52, erbeten.

---

## Entschließungen des Vereins.

### 1. Resolution zur Ambulatoriumsfrage.

(einstimmig angenommen von der Mitgliederversammlung)

Die gesellschaftliche Entwickelung hat es mit sich gebracht, daß der im freien Beruf einzeln arbeitende Arzt heutzutage nicht mehr

---

„Die materielle Not ist die gleich fruchtbare und furchtbare Ursache der Krankheit. Wohlstand und Bildung drücken sich zählbar in den Gesetzen der Sterblichkeit aus." S. Neumann.

imstande ist, den gesundheitlichen Anforderungen der arbeitenden Masse zu genügen.

Die vorbeugende Fürsorge hat er fast ganz verloren.

Die Krankenbehandlung ist eine überwiegend individual-medizinische, während die sozialmedizinische Betreuung infolge der Einzelarbeit stark in den Hintergrund treten muß.

Sozial-medizinische Aktionen großen Stiles durchzuführen, ist daher ohne Durchorganisierung des gesamten Gesundheitswesens unmöglich.

Die Aerzteschaft befindet sich in einer beruflichen Krise, die nur im Zusammenhang mit dieser Durchorganisierung gelöst werden kann. Hierfür können auch Kassenambulatorien eine brauchbare Grundlage bieten, falls sie durch die Organisationen der Aerzte, Kassenangestellten und Versicherten geleitet und verwaltet werden.

Der V.S.Ä. erblickt seine Aufgabe darin, die heutigen Kämpfe zwischen Aerzten und Krankenkassen auf dieser Grundlage zu beenden und schlägt beiden Gruppen diese Gesichtspunkte im Interesse der Volksgesundheit zur Annahme vor.

## 2. Leitsätze zur Bekämpfung der Tuberkulose.

(den soz. Fraktionen des Reichstages als Kundgebung des V.S.Ä. übersandt)

### Resolution:

Der „Verein Sozialistischer Aerzte“ empfiehlt den beiden sozialistischen Parteien des Reichstags die Vertretung folgender Grundsätze:

1. Die Tuberkulosenbekämpfung ist Staatssache und muß in einheitlicher Weise planmäßig im ganzen Reich durchgeführt werden. dazu ist es notwendig, daß den Städten bzw. den Provinzen die Verwaltung aller bestehenden Einrichtungen zur Tuberkulosen-Bekämpfung (Fürsorgestellen, Heilstätten, Tuberkulosen-Krankenhäuser und Krankenstationen) auch die der staatlichen Versicherungsanstalten in dem betreffenden Bezirk unter Zuziehung von Ausschüssen der Erkrankten selbst übertragen werden, so daß auch die sämtlichen Einnahmen und Ausgaben von einer Stelle ausgehen.

2. Eine planmäßige Wohnungshygiene ist unumgänglich notwendig; der Bau von Siedlungen und Gartenvorstädten ist mit allen Mitteln zu fördern. Ein Teil der mit öffentlicher Unterstützung gebauten Wohnungen ist für Familien mit einem tuberkulosen Mitglied bereitzustellen.

3. Alle einschränkenden Bestimmungen für die Behandlung und vor allem für die Aufnahme in Heilstätten sind schleunigst zu beseitigen und diese auch den Nichtversicherten zugänglich zu machen.

4. Die Bettenzahl für schwerer kranke Tuberkulöse ist völlig unzureichend; es muß in Stadt und Land für Tuberkulosen-Krankenhäuser und Tuberkulosenstationen gesorgt werden, so für hygienische Unterbringung und genügende Isolierung der Ansteckenden Vorkehrungen getroffen werden.

5. Dem Reichstuberkulosegesetz muß ein Paragraph beigefügt werden, in dem festgesetzt wird, daß Personen, die ihre Umgebung besonders gefährden, mit staatlicher Unterstützung in einen anderen Beruf übergeführt werden, und, wo dies nicht möglich ist, eine Rente erhalten.

## Bücher und Zeitschriften.

(Unter dieser Rubrik sollen dem Verein übersandte Bücher wie auch wissenswerte Aufsätze aus Zeitschriften besprochen werden.)

Fritz Brupbacher: Kindersegen, Fruchtverhütung, Fruchtabtreibung. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, 1925.

Neben dem mehr für Laien bestimmten Kapitel über Praeventivmaßregeln interessieren uns als Aerzte besonders die Abschnitte, in denen der Verfasser die bürgerlichen Wissenschaftler kritisiert. In seiner durch frühere Schriften bekannten, scharf pointierten Art deckt B. die sozialen Grundlagen und Bedingtheiten des heutigen Abtreibungselends auf und bringt neues statistisches Material über Bevölkerungsbewegung und Kindersterblichkeit, um schließlich die guten Ergebnisse zu schildern, die Sowjetrußland durch Aufhebung des Paragraphen in Verbindung mit weitesten sozialen Verbesserungen erreichte. Brupbachers Broschüre gibt nicht nur den Kollegen Anregungen, sondern empfiehlt sich durch ihre allgemein soziologischen und praktischen Hinweise von selbst auch zur Verbreitung in allen Interessenten- und Patientenkreisen.

Klauber.

Oberregierungsrat Dr. med. Roesle (Berlin): **Die Sowjet-Medizin und ihre soziale Bedeutung in Heft 1/2 1925 Das neue Rußland.** Abgedr. auch i. d. Gr. Berliner Aerzteblatt 1925 Nr. 9.

Dieser bedeutsame Aufsatz des bürgerlichen Verfassers, der Dank einer Unterstützung der Hygiene-Organisation des Völkerbundes 1924 eine Studienreise durch Rußland unternahm, verdient von den Kollegen im Original nachgelesen zu werden. Roesle betont, daß mit der Verstaatlichung der gesamten Gesundheitsfürsorge in Rußland neues, wissenschaftliches Leben und Streben in diese Materie eingezogen ist. Voller Bewunderung spricht der Verfasser von dem in einem früheren Privatpalais untergebrachten Sozialhygienischen Institut in Moskau und von den endlosen Räumen des Instituts für Arbeitermedizin in Charkow, denen wir in Deutschland nichts zur Seite stellen können. Die zahlreichen Ambulatorien, die mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüstet sind, dürfen weder mit unseren Polikliniken noch mit der Massensprechstunde eines vielbeschäftigten Kassenarztes in Parallele gesetzt werden. Eine streng geregelte Betriebsordnung sorgt nicht nur für eine eingehende Registration des Kranken, sondern auch für seine individuelle Behandlung, indem nur eine beschränkte Zahl von Kranken während einer Stunde dem Arzte zugeführt werden darf. Die Arbeiterorganisationen schätzen infolge enger Berührung mit Aerzten die ärztliche

Kunst sehr hoch ein und bewahren das Volk vor der Ausbeutung durch Charlatane. Roesle konstatiert, daß der systematische Ausbau der Gesundheitsfürsorge von heilsamer Wirkung auf den Gesundheitszustand der russischen Bevölkerung sein mußte. Die Sterblichkeit ist seit 1923 auf ein bisher noch nie gekanntes Minimum gesunken, was im einzelnen durch Zahlen belegt wird. Der Artikel schließt mit der günstigen Prognose für die Zukunft. Gelingt es, die bisher bei Kindern und Tuberkulosen am intensivsten eingesetzte systematische Fürsorge auf das platte Land auszudehnen, so wird Sowjetrußland ein Kulturwerk vollbracht haben, das in der Geschichte der internationalen hygienischen Wissenschaft und in der Kulturgeschichte einen Ehrenplatz einnehmen wird.

E. Fabian.

## Nächste Veranstaltungen.

**Sonnabend, den 14. März 1925, abends 8 Uhr:**
**Oeffentliche Versammlung**
**in der Schulaula Georgenstr. 30—31 (am Stadtbahnhof Friedrichstr.)**

**Universitätsprofessor Dr. Jul. Tandler-Wien** wird sprechen über: „Arzt und Sozialismus".

Gäste willkommen!

In weiterer Folge werden bei uns sprechen:

**Dr. Goldenberg-Moskau:** Der gegenwärtige Stand der Sozialisierung des Heilwesens in Rußland.

**Frau Dr. Stegmann, M. d. R.:** Sozialmedizinische Aufgaben des Reichstags.

**Dr. Bayer** (Oberregierungsrat im Preuß. Min. f. Volkswohlfahrt): Aktuelle Probleme der Gewerbehygiene.

**Prof. Dr. Max Adler, Wien:** Thema vorbehalten.

NB. Die Mitglieder, die noch mit ihrem Jahresbeitrag rückständig sind, wollen ihn evtl. unter Benutzung der beifolgenden Zahlkarte einsenden!

# Achtung!

**Wegen plötzlicher Erkrankung des Herrn Prof. Dr. Tandler, wie uns bei Drucklegung aus Wien telegraphisch gemeldet wird, muß die für Sonnabend, den 14. März angesetzte Versammlung verlegt werden. Neuer Termin wird noch bekanntgegeben.**

Verantwortlich: Ewald Fabian, Berlin W. 15, Uhlandstr. 52. Alle Zuschriften und Sendungen sind an diese Adresse zu richten.
Buchdruckerei Georg Feese, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Straße 10.